

Corona: Grüne fordern mehr Lehrkräfte für Saar-Schulen

+++ ALLGEMEINE SCHULSCHLIESSUNGEN DURCH KLEINERE KLASSEN VERMEIDEN +++

Angesichts zwischenzeitlich mehrerer Quarantäne-Fälle für ganze Schulklassen warnen die Saar-Grünen vor möglichen generellen Schulschließungen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es im Saarland trotz notwendigen Abstands Klassen mit 30 Schüler*innen und mehr gebe, bestehe nicht nur bildungspolitisch Handlungsbedarf, sondern auch gesundheitspolitisch. Grünen-Landeschef Markus Tressel hat daher die Landesregierung aufgefordert, schnellstmöglich zusätzliches Lehrpersonal für die Saar-Schulen bereitzustellen, um Klassen zu verkleinern und insgesamt für einen besseren Betreuungsschlüssel zu sorgen.

Damit die Schulen nicht alsbald wieder flächendeckend von Schließungen betroffen sein könnten, müsse die Landesregierung angesichts immer neuer Infektionsfälle für mehr Abstand in den Klassenzimmern sorgen. Tressel: „Während der größte Teil der Gesellschaft sich bemüht zur Eindämmung der Pandemie Abstand voneinander zu halten, nimmt es die Landesregierung hin, dass es Klassen mit 30 Kindern und mehr gibt, in denen de facto nicht mal ein Mindestmaß an Abstand möglich ist. Wir brauchen deshalb jetzt eine Einstellungsoffensive für Lehrer, um die größten Personalengpässe zu beseitigen. Kleine Klassen sind jetzt nicht nur bildungs- sondern auch gesundheitspolitisch geboten. Gleichzeitig brauchen wir innovative Konzepte, wie z.B. geteilte Klassen, die sich für unterschiedliche Fächer in Präsenz- und Onlinebeschu-



Klaus Kessler, Grünen-Bildungspolitiker und ehemaliger Bildungsminister

lung tages- oder wochenweise abwechseln und damit mehr Freiraum in den Schulen schaffen.“

Der Grünen-Bildungspolitiker und ehemalige Bildungsminister Klaus Kessler forderte erneut Transparenz von der Landesregierung hinsichtlich der tatsächlichen Einstellungszahlen. Kessler: „Üblicherweise veröffentlicht das Bildungsministerium zu Beginn des Schuljahres die wichtigsten Zahlen zu Lehrereinstellung, Klassengrößen und anderen wichtigen Parametern. Ausgerechnet jetzt ist davon nichts zu hören und ausweislich der Rückmeldung von vielen Schulen gibt es keine signifikante Entlastung beim Personal. Die Landesregierung muss Transparenz schaffen und die Zahlen auf den Tisch legen. Alle Versprechungen der Landesregierung in den letzten Monaten helfen wenig, wenn die Lehrerinnen und Lehrer nicht am Ende tatsächlich in den Schulen ankommen.“

Maskenpflicht: Unverbindlichkeit der Landesregierung fördert Verweigerung **3**

Hitze: Mehr Grün für die Innenstädte **5**

Aktionsplan gegen häusliche Gewalt novellieren **7**

Corona: Schulbusangebot deutlich ausweiten **4**

Corona-Verordnung zügig in Landesgesetz überführen **6**

Grüne für Parlamentsbeteiligungsgesetz **8**

Nur noch 41 Prozent der Saar-Auen überflutbar **9**



Grün Express

AUSGABE
NEUN/20

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerferien sind vorbei und wir sind nicht nur in neues Schuljahr gestartet, sondern auch in eine neue Phase der Corona-Pandemie. Nach Lockdown, gefühlter Besserung der Pandemielage und einem langsamen Wiederanfahren folgt jetzt möglicherweise die erwartete zweite Welle mit einem Wiederanstieg an Infizierten. Jetzt gilt es, die Erfahrungen der letzten Monate gezielt bei der Bewältigung der Folgen von Corona einzusetzen. Im Bereich der Bildung muss die Digitalisierung vorangetrieben werden und gleichzeitig müssen wir für kleinere Klassen und ein besseres Transportsystem für unsere Schüler*innen sorgen. Mit mehr Lehrern, mehr Bussen, und einer funktionierenden digitalen Lernplattform könnten wir verhindern, dass alle Kinder bei ansteigenden Infektionszahlen wieder zuhause bleiben müssen. Dafür muss die Landesregierung aber jetzt schnell die richtigen Weichen stellen.

Eines haben wir in den letzten Wochen auch deutlich gesehen: Die Klimakrise schreitet voran. Die große Hitze mit wenig Regen hat zu einer regelrechten Dürre geführt. Nicht nur die Landwirtschaft ist stark betroffen. Die Wälder vertrocknen regelrecht und die Menschen leiden auch bei uns unter Extremtemperaturen und Trockenheit. Die Klimakrise gewährt uns keinen Corona-Rabatt und deshalb müssen wir schnellstmöglich dieses Thema wieder stärker in den Fokus rücken. Es duldet schlicht keinen Aufschub mehr.

In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen unserer Themen der letzten Wochen und wie immer stehen wir Euch gerne zur Verfügung!

Herzliche Grüße! Bleibt gesund!

Tina Schöpfer *Markus Tressel*

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

Kinderarmut: Saarland trauriger Spitzenreiter

Das Saarland weist mit 19,1 Prozent die höchste Kinderarmuts-Quote aller Flächenländer auf. Deshalb fordern die Saar-Grünen, auch angesichts der sich verschärfenden Lage infolge der Corona-Krise, eine Kommission zur Bekämpfung von Kinderarmut wie in Berlin. Kinderarmut müsse als strukturelles Problem vom Randthema in den Fokus der Politik rücken. Zur Armutsbekämpfung brauche es stärkere Unterstützungsstrukturen vor Ort durch Jugendhilfe, Gesundheitsförderung und Bildungsangebote.

„In keinem anderen Flächenbundesland gibt es so viele arme Kinder und Jugendliche wie im Saarland. Lediglich in den Stadtstaaten ist die Quote aus strukturellen Gründen höher. Laut Bertelsmann-Stiftung wird die Kinderarmut infolge der Corona-Krise weiter steigen. Der Handlungsbedarf ist akut. Obwohl die Kinder eigentlich nicht noch länger warten können, räumt die Landesregierung der Bekämpfung von Kinderarmut keine Priorität ein. Für entsprechende Maßnahmen war im Corona-Haushalt wenig bis kein Raum“, kritisiert Markus Tressel MdB, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, eine Kommission zur Bekämpfung von Kinderarmut wie im Land Berlin einzurichten. Notwendig sei ein gezieltes ressortübergreifendes Vorgehen mit konkreten Maßnahmen, um Armut und deren Folgen merklich zu verringern.

 **GRUENESAAR**

 **GRUENESAAR**

 **@GRUENE_SAAR**



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Maskenpflicht: Unverbindlichkeit der Landesregierung fördert Verweigerung

Anlässlich der Debatte um die Einhaltung der Maskenpflicht und der angespannten Infektionslage fordern die Saar-Grünen die Landesregierung auf, für das Maskentragen in der Bevölkerung verstärkt zu werben. Grünen-Landeschef Markus Tressel regt dazu eine breit angelegte Informationskampagne an. Klar sei aber auch, so Tressel, dass es ohne Kontrollen und Sanktionen nicht gehen könne. Für renitente Maskenverweigerer brauche es spürbare Bußgelder. Die Unverbindlichkeit der Landesregierung in dieser Frage fördere die Maskenverweigerung. Der Grünen-Politiker fordert insbesondere Kontrollen in Bussen und Bahnen, weil dort die Betreiber im Gegensatz zu Geschäften und Gastronomiebetrieben nicht für die Einhaltung der Maskenpflicht verantwortlich seien.

Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, im Rahmen einer breit angelegten Kampagne für das Maskentragen aktiv zu werben. Klar müsse aber auch sein, dass es ohne Kontrollen und Sanktionen nicht gehen könne. Tressel: „Die

Maskenpflicht ist ein zentraler Baustein, um die Infektionslage zu beherrschen. Wer sich dem Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung vorsätzlich verweigert, muss auch sanktioniert werden können. Wir brauchen dafür Kontrollen von Polizei

und Ordnungsämtern und für renitente Maskenverweigerer spürbare Bußgelder.“



INFORMATIONSKAMPAGNE FÜR
DAS MASKENTRAGEN STARTEN

<https://gruenlink.de/1tj8>

Erdüberlastungstag: Endlich Verbindliche Klimaziele für das Saarland

Zum „Erdüberlastungstag“ („World Overshoot Day“) erklärt die Landesvorsitzende der Grünen Saar Tina Schöpfer:



„Der Erdüberlastungstag, der nur bedingt durch die Coronakrise dieses Jahr drei Wochen später liegt, macht deutlich, dass schon jetzt im August die Ressourcen aufgebraucht sind, die die Natur innerhalb eines Jahres erneuern kann. Alle natürlichen erneuerbaren Ressourcen für das Jahr, wie Wasser, Holz und Frischluft sind bereits erschöpft. D.h. wir haben weltweit mehr Natur verbraucht als sich im Jahr 2020 regenerieren kann. Ab heute leben wir somit für den Rest des Jahres bezüglich der natürlichen Ressourcen auf Pump. Das sollten wir zum Anlass nehmen, unseren Ressourcenverbrauch zu überdenken, denn die Entwicklung der letzten Jahre ist dramatisch und auf Dauer besorgniserregend. Besonders unser CO₂-Ver-

brauch hinterlässt einen übergroßen ökologischen Fußabdruck. Auch die Hitze der letzten Tage hat gezeigt, wie dringend der Handlungsbedarf beim Klimaschutz ist. Gerade im Saarland, wo der CO₂-Ausstoß fast doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt. Die Landesregierung muss endlich handeln und ein Klimaschutzgesetz mit gesetzlich festgeschriebenen Zielen verabschieden. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der auch das Saarland seinen Beitrag leisten muss.“

HINTERGRUND

Das erste Jahr, in dem die Menschheit mehr Ressourcen verbraucht als die Natur binnen zwölf Monaten nachliefern kann war das Jahr 1987. Damals fiel der World Overshoot Day noch auf den 19. Dezember, seitdem verschiebt er sich immer weiter nach vorne.





Corona: Schulbusangebot deutlich ausweiten

Tressel/Ginsbach: Schulzeiten an großen Schulstandorten entzerren

Vor dem Hintergrund voller Schulbusse und nicht einzuhaltender Abstände in den Fahrzeugen haben die Grünen von der Landesregierung gefordert, die Kapazität in der Schülerbeförderung deutlich auszubauen, damit Schülerinnen und Schüler mehr Abstand einhalten können. Das Land hatte in der Folge reagiert und mehr Geld für mehr Schulbusse angekündigt.



Während in den Schulen der Infektionsschutz im Rahmen der Möglichkeiten eine große Rolle spielt, kann davon auf dem Schulweg oft keine

Rede sein. Das Schulbusangebot reicht vielerorts nicht aus, damit Schülerinnen und Schüler in den Fahrzeugen ausreichend Sicherheitsabstand einhalten können. Auch findet im Schulbusverkehr eine Durchmischung von verschiedenen Schülergruppen statt, die eigentlich möglichst vermieden werden soll“, kritisiert Patrick Ginsbach, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in der Regionalversammlung, dem Parlament des Regionalverbands Saarbrücken.

Die Grünen hatten daher gefordert, die Kapazität in der Schülerbeförderung kurz-

fristig deutlich zu erhöhen. Dazu Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar: „Wir brauchen dringend einen signifikanten Ausbau der Schülerbeförderung, damit Abstände besser eingehalten werden können. Das Land ist und bleibt vor dem Hintergrund des Gesundheitsschutzes in der Verantwortung.“ Dies sei auch wichtig um einen starken Anstieg der so genannten Elterntaxis zu dämpfen, der nach wie vor an vielen Schulen für Verkehrschaos und damit auch größerer Unsicherheit zu Bring- und Abholzeiten sorgt. Zugleich sollte gerade an großen Schulstandorten der Schulbeginn entzerrt werden, damit Busse mehrfach fahren können. Dies könnte man beispielsweise durch einen unterschiedlichen, klassenstufenbezogenen Schulbeginn, umsetzen.“

Betreuungsverhältnis in Kitas und Krippen zügig verbessern!

Stillstand beim Personalausbau im Saarland

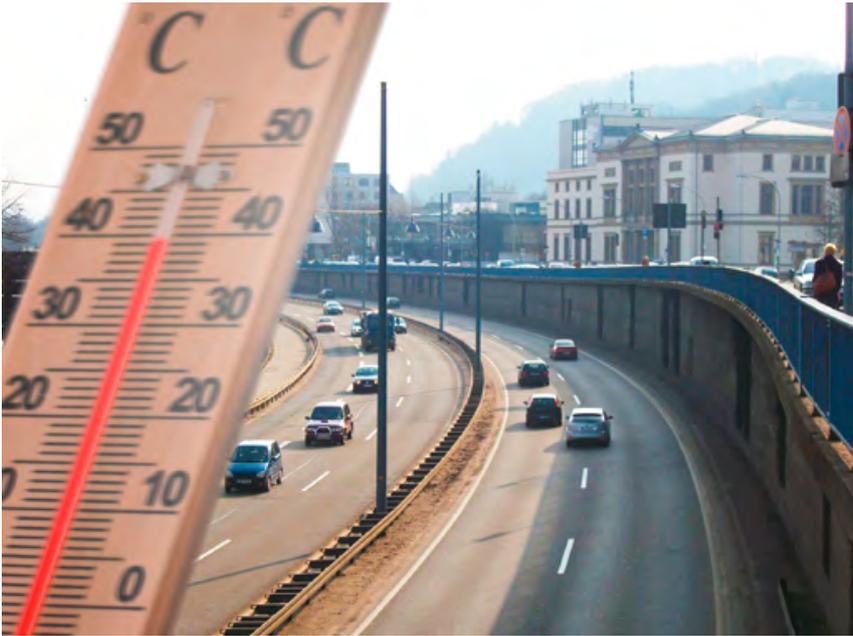
Als Reaktion auf eine neue Bertelsmann-Studie, wonach das Betreuungsverhältnis in den Kitas und Krippen im Saarland überwiegend nicht kindgerecht sei, fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel die Landesregierung nachdrücklich auf, das Betreuungsverhältnis zügig zu verbessern. Seit zwei Jahren herrsche bei der Verbesserung der Personalsituation in den Saar-Kitas und Saar-Krippen völliger Stillstand. Dabei sei der Nachholbedarf bekannt. Der Grünen-Politiker fordert mehr Erzieherinnen und Erzieher, um perspektivisch einen Betreuungsschlüssel von 7,5 Kitas-Kindern und 3,0 Krippen-Kindern zu erreichen.



Betreuungsschlüssel liegt immer noch bei 9,6 Kindern in den saarländischen Kitas

„Der Nachholbedarf bei der Personalausstattung in den saarländischen Kitas ist immens, wie der Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann-Stiftung auch dieses Jahr wieder aufzeigt. Während sich bundesweit das Betreuungsverhältnis in den Kitas zwischen den Berichtszeiträumen 2017 und 2019 von 9,1 Kindern auf 8,8 Kinder pro Erzieherin bzw. Erzieher in den Kitas und von 4,3 Kindern auf nun 4,2 Kindern in den Krippen leicht verbessert hat, hat sich im Saarland innerhalb der zwei Jahre nichts getan. Immer noch liegt die Betreuungsschlüssel bei 9,6 Kindern in den Kitas. In den Krippen hat sich der Schlüssel sogar leicht auf 3,9 Kindern verschlechtert“, kritisiert Markus Tressel. Notwendig sei eine angemessene und kindgerechte Personalausstattung.





Hitze: Mehr Grün für die Innenstädte

„MASTERPLAN STADTNATUR“ zielgerichtet umsetzen

In Folge der Klimakrise mit zunehmenden sommerlichen Hitzeperioden muss das Thema Klimaresilienz in den Städten und Gemeinden einen größeren Stellenwert bekommen. Obwohl weite Teile der saarländischen Bevölkerung in einer urbanen Siedlungsstruktur lebten und daher besonders von Hitze betroffen seien, so Markus Tressel, kümmerten sich Umwelt- und Bauministerium bislang lediglich am Rande um die Folgen der Erwärmung in den Innenstädten. Der klimaresiliente Stadtumbau brauche einen klaren Rechtsrahmen und entsprechende Förderprogramme für Kommunen und Grundstückseigentümer.

„Die Klimakrise stellt die Städte mit ihren Bewohnern bereits heute vor gewaltige Herausforderungen. So sind die heißen Tage mit Temperaturen von über 30 Grad im linearen Trend zwischen 1951 und 2018 um 7,7 Tage angestiegen. In den Innenstädten können die Temperaturen an Hitzetagen um bis zu 8 Grad höher sein als im Umland. Obwohl es dringenden Handlungsbedarf gibt, kümmern sich Umweltminister Jost und Bauminister Bouillon bislang nur ganz am Rande um mehr Klimaresilienz“, kritisiert Markus Tressel, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Der Grünen-Politiker spricht sich daher für einen stärkeren klimaresilienten Stadtumbau im Saarland aus. Notwendig seien klare rechtliche Rahmenbedingungen und entsprechende Förderprogramme, um die Städte für die Auswirkungen der Klimakrise zu wappnen. Tressel: „Insbesondere gilt es Anreize zu setzen, versiegelte Asphalt- und Betonwüsten zu entsiegeln und artenreich zu begrünen.“ Bauminister Bouillon müsse zudem prüfen, inwiefern eine Begrünungspflicht baulicher Anlagen in die Landesbauordnung integriert werden kann, gerade wenn eine ausreichende Begrünung des Grundstücks nicht möglich ist.

Hitze: Grüne für öffentliche Trinkwasserspender



Schöpfer: Landesregierung muss Förderprogramm auflegen

Die saarländischen Grünen fordern die Landesregierung auf, ein Förderprogramm aufzulegen, das die Kommunen dabei unterstützen soll, öffentliche Trinkbrunnen und Wasserzapfstellen an zentralen Stellen in ihren Gemeinden aufzustellen, z.B. an viel frequentierten Plätzen und Wanderwegen. Umweltminister Reinhold Jost solle hierzu ein Konzept vorlegen. Denkbar sei es z.B., die Einrichtung und den Betrieb solcher Wasserspender aus der Grundwasserabgabe zu fördern verbunden mit der Maßgabe, diese Stationen auf der Refill App einzutragen (<https://refill-deutschland.de>). Dort seien bereits mehr als 5.200 Stationen und Brunnen deutschlandweit einsehbar. Das Gesundheitsministerium solle beim Thema Hygiene beratend unterstützen.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Angesichts der immer weiter fortschreitenden Klimaerwärmung mit zunehmenden Temperaturen ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu erfrischendem Trinkwasser zu ermöglichen. Außerdem lässt sich so unnötiger Plastikmüll vermeiden. Die Bürger*innen können ihre eigene Trinkflasche unterwegs mitnehmen und immer wieder kostenfrei mit frischem Leitungswasser auffüllen. Das ist einfach und nachhaltig.“





Christian Bohr,
Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Saar
und Sprecher der Grünen-Landesarbeitsgemeinschaft
Demokratie und Recht.

Corona-Verordnung zügig in Landesgesetz überführen

Legitimitäts- und Demokratiedefizit vermeiden – Akzeptanz und Vertrauen von Corona-Maßnahmen wahren

Vor dem Hintergrund der notwendigen Grundrechtseingriffe infolge der Corona-Krise und einer möglichen zweiten Welle fordern die Saar-Grünen, die Corona-Verordnung zügig in ein formales Landesgesetz zu überführen. Obwohl der Landtag wieder regelmäßig tagt, so Grünen-Landesvorstandsmitglied Christian Bohr, hielten dies bislang weder die GroKo, noch die Opposition für notwendig. Der Grünen-Politiker warnt vor einem schleichenden Legitimitäts- und Demokratiedefizit. Seien neue Maßnahmen infolge einer zweiten Welle notwendig, bräuchten diese mehr denn je auch die breite Akzeptanz und das Vertrauen der Menschen.

„Die Corona-Krise machte in den vergangenen Monaten gravierende Grundrechtseingriffe notwendig. Obwohl viele Einschränkungen wieder aufgehoben werden konnten, sind immer noch viele einschneidende Maßnahmen, wie etwa Betretungs- und Kontaktbeschränkungen, in Kraft. Auf Grundlage des Bundesinfektionsschutzgesetzes hat das Saar-Kabinett über diese massiven Eingriffe in das alltägliche Leben vieler Menschen allein und hinter verschlossenen Türen entschieden. Obwohl der Landtag seit langer Zeit wieder regelmäßig tagt, sogar einen sog. Corona-Ausschuss eingerichtet hat, beteiligt er sich trotz rechtlicher Möglichkeiten nicht angemessen“, kritisiert Christian Bohr, Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Saar und Sprecher der Grünen-Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht.

Der Grünen-Politiker appelliert an die Große Koalition aus CDU und SPD, die Corona-Rechtsverordnung der Landesregierung zügig in ein formales Landesgesetz zu überführen. Bohr: „Das Grundgesetz sieht ausdrücklich vor, dass der Landtag die Corona-Regelungen auch durch Gesetz erlassen darf. Angesichts von Grundrechtseingriffen dieser Tragweite sollte

dies, wenn immer zeitlich möglich, selbstverständlich sein. Wieso allerdings weder die Große Koalition noch die Opposition von ihrem Recht Gebrauch machen wollen, obwohl der Landtag wieder regelmäßig tagt, erschließt sich einfach nicht. Auch ein Kontrollgesetz, wie von der Linksfraktion gefordert, kann ein Parlamentsgesetz nicht ersetzen. Landtagsberatungen sorgen regelmäßig für Öffentlichkeit und fachliche Expertise. Ein Gesetzgebungsverfahren führt zu demokratischer Kontrolle und Legitimität.“

Angesichts einer möglichen zweiten Corona-Welle, die mit neuen Eingriffen verbunden sein könnte, müsse der Landtag endlich seine Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion angemessen wahrnehmen. Bohr: „Die Menschen im Saarland erwarten, dass das Parlament seine Aufgaben auch erfüllt. Machen es sich die Landtagsfraktionen weiter bequem und schieben die Verantwortung auf die Landesregierung ab, riskieren sie ein ernstes Legitimitäts- und Demokratiedefizit. Gerade bei einer möglichen zweiten Welle mit einschneidenden Maßnahmen kann dies zu Akzeptanzproblemen und einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen.“



Tina Schöpfer, Landesvorsitzende

Umweltminister Jost muss Katzen- schutzverordnung endlich auf den Weg bringen

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Die Landesregierung muss ihren Versprechungen aus Mai 2016 nun endlich einmal Taten folgen lassen. Damals hatte sie im Umweltausschuss berichtet, die Einführung einer Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht, die nach einer Änderung des Tierschutzgesetzes im Juli 2013 möglich ist, auch im Saarland zu prüfen und eine Katzenschutzverordnung zu erarbeiten. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist die Ankündigung ebenfalls zu finden. Ankündigungen reichen aber nicht, um Tierleid zu verhindern. Umweltminister Reinhold Jost muss hier endlich liefern. Eine Kennzeichnungspflicht per Chip ist gut, um den Tierschutz zu verbessern, weil entlaufene Tiere dadurch schnell ihren Besitzer*innen zugeordnet werden können. Eine Kastrationspflicht für Katzen, die sich draußen frei bewegen („Freigänger-Katzen“), ist wichtig, um eine unkontrollierte Vermehrung zu verhindern und Infektionskrankheiten zu vermeiden. Dadurch kann viel Tierleid vermieden werden.“

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine bundesweite flächendeckende Regelung einzusetzen.“





Aktionsplan gegen häusliche Gewalt novellieren

Rechtsanspruch auf Frauenhausplatz einführen

Als Reaktion auf die Zunahme von häuslicher Gewalt infolge der Corona-Krise fordern die Grünen, den Aktionsplan gegen häusliche Gewalt fortzuschreiben und in diesem Rahmen einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz einzuführen. Hintergrund sind aktuelle Zahlen der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion, wonach 26 schutzsuchende Frauen aus Kapazitätsgründen nicht in Frauenhäusern aufgenommen werden konnten.

„Was viele befürchtet haben, ist nun eingetreten: Die häusliche Gewalt ist angesichts der Corona-Beschränkungen angestiegen, wobei eine hohe Dunkelziffer zu vermuten ist. Frauen und Kinder sind dabei ganz besonders gefährdet. Wir müssen besser als bisher sicherstellen, dass alle Opfer auch angemessene Hilfe bekommen und polizeiliche Maßnahmen, wie etwa die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot, konsequent Anwendung finden“, sagt Jeanne Dillschneider, stellvertretende Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Das Hilfesystem müsse bedarfsgerecht optimiert und weiterentwickelt werden, so Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider und Sandra Steinmetz, Grünen-Fraktionsvorsitzende in der Regionalversammlung. Die Grünen-Politikerinnen fordern einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz und erwarten von Frauenministerin Bachmann im Vorsitzjahr der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz konkrete Impulse zum Schutz von Frauen.

Die Grünen-Politikerinnen fordern Frauenministerin Bachmann auf, den Aktionsplan gegen häusliche Gewalt fortzuschreiben. Steinmetz: „Der Aktionsplan ist fast 20 Jah-

re alt, die erste Fortschreibung mittlerweile auch schon fast ein Jahrzehnt her. Das Hilfesystem muss optimiert und weiterentwickelt werden. Insbesondere benötigen wir eine bedarfsdeckende Versorgung mit Frauen- und Kinderschutzhäusern. Auch die ambulanten psychosozialen Unterstützungsangeboten für von Gewalt betroffene Personen müssen gestärkt und weitere Gruppen zum Thema häusliche Gewalt sensibilisiert werden.“

Zudem müssten beim Schutz von Frauen neue Wege beschritten werden. Dillschneider und Steinmetz: „Wir brauchen dringend einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz. Immer wieder stehen die drei Frauenhäuser in Saarbrücken, Neunkirchen und Saarlouis an der Kapazitätsgrenze oder müssen wegen Vollbelegung gar Frauen abweisen. Ziel muss es sein, Schutzlücken für von Gewalt betroffene Frauen durch einen Rechtsanspruch mit einem entsprechenden Geldleistungsgesetz konsequent zu schließen. Wir erwarten von Frauenministerin Bachmann im Vorsitzjahr der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz zu dem und anderen Themen deutlich mehr Impulse.“



Jeanne Dillschneider, Grünen-Landesvize

Dillschneider: Mehr Polizisten statt Gesetzgebungsaktionismus

Die Grünen im Saarland warnen vor Bouillons Plänen zur Einführung des Durchsetzungsgewahrsams im Saarland. Dazu Jeanne Dillschneider, stellv. Landesvorsitzende der Grünen:

„Innenminister Bouillon lenkt mit seiner Initiative von der Personalnot der saarländischen Polizei ab. Der Durchsetzungsgewahrsam verlagert den Freiheitsentzug in den präventiven Bereich. Dieser gewichtige Eingriff in die Freiheit der Person soll bereits dann erfolgen, wenn keine konkrete Straftat im Raum steht. Die Verschärfung der Befugnisse können aber nicht über Personalnot bei der saarländischen Polizei hinwegtäuschen.“

Die Grünen fordern, die personelle und finanzielle Ausstattung zu sichern. „Statt neuen Gesetzen brauchen wir vor allem Polizistinnen und Polizisten. Nur so kann bestehendes Recht auch durchgesetzt werden. Auch die Digitalisierung der Saar-Polizei geht aufgrund des Gesetzgebungsaktionismus des Innenministers unter. Wie Innenminister Bouillon selbst feststellt, müsste dringend in eine moderne Ausstattung der Polizei investiert werden. Dies ist äußerst bedenklich“, so abschließend Dillschneider.





Landtag muss sich neuen Herausforderungen stellen

Als Reaktion auf die Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung der Parlamentsarbeit“ durch Landtagspräsident Stephan Toscani sprechen sich die saarländischen Grünen für ein Parlamentsbeteiligungsgesetz aus, um die Kontrolle und Beteiligung des Saar-Landtags in föderativen Angelegenheiten maßgeblich zu stärken. Lediglich am Innenverhältnis zu arbeiten, so Grünen-Landeschef Tressel, werde der wachsenden Kluft zwischen Regierung und Parlament nicht gerecht, wie derzeit bei der Corona-Krise sichtbar. Der Grünen-Politiker appelliert an den Landtag, sich wie andere Landesparlamente den neuen Herausforderungen zu stellen. Die Menschen erwarteten, dass das Parlament seiner Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion auch nachkomme, statt vor dem zunehmenden Bedeutungsverlust zu resignieren.

„Die neue Projektgruppe ‚Stärkung der Parlamentsarbeit‘, die Landtagspräsident Toscani eingerichtet hat, ist ein wichtiger Schritt, der allerdings angesichts des offensichtlich fortschreitenden Bedeutungsverlusts des Landtags lediglich am Innenverhältnis ansetzt und offenbar das größere Problem, die wachsende Kluft zwischen einer einflussreichen Landesregierung und eines immer ohnmächtigeren Landtags, ausblendet“, kritisiert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Problematik werde insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Krise sichtbar. Tressel: „Obwohl der Landtag wieder regulär tagt, überlässt er es allein der Landesregierung, die notwendigen Grundrechtseingriffe auf Grundlage des Bundesinfektionsschutzgesetzes vorzunehmen. Wichtig wäre aber ein formales Landesgesetz auf Grundlage von Artikel 80 Absatz 4 Grundgesetz für die wesentlichen Maßnah-

men, auch um ein schleichendes Legitimitäts- und Demokratiedefizit zu vermeiden und damit die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen langfristig zu erhalten. Offenbar machen es sich die Regierungs-, wie auch die Oppositionsfractionen, zu bequem oder haben bereits resigniert.“

Der Grünen-Politiker fordert daher ein Parlamentsbeteiligungsgesetz nach dem Vorbild anderer Landesparlamente, um die Parlamentsarbeit nachhaltig zu stärken. Tressel: „Nicht nur die Corona-Krise, sondern auch die zunehmende Selbstkoordination der Ministerpräsidenten und Fachminister oder auch die fehlende Mitwirkung bei der europäischen Integration stellen den Landtag vor neue Herausforderungen. Während andere Landtage mit Parlamentsbeteiligungsgesetzen ihren Einfluss geltend machen, bleibt der Saar-Landtag untätig oder verlässt sich auf freiwillige Vereinbarungen. Die Menschen im Saarland erwarten allerdings, dass der Landtag seine Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion auch erfüllt.“

Tressel schlägt in einem Drei-Punkte-Konzept konkrete Maßnahmen vor, um Kontrolle und Beteiligung des saarländischen Landtags im Rahmen eines Parlamentsbeteiligungsgesetzes in föderativen Angelegenheiten zu stärken:

- 1. Informations- und Beteiligungsrechte in Bundesangelegenheiten ausbauen**
- 2. Landtag bei der europäischen Integration stärken**
- 3. Landtag bei Vorbereitung von Verordnungen besser unterrichten**



HIER GEHT ES ZUM
VOLLSTÄNDIGEN
DREI-PUNKTE-KONZEPT

<https://gruene-saar.de/2020/08/25/gruene-fuer-parlamentsbeteiligungsgesetz/>

<https://gruenlink.de/1tj7>



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Nur noch 41 Prozent der Saar-Auen überflutbar

Tressel fordert Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen

Lediglich 41 Prozent der ehemaligen Auenflächen entlang der Saar im Saarland sind bei Hochwasser noch überflutbar. Dies geht aus einer Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage des saarländischen Bundestagsabgeordneten und Grünen-Landeschefs Markus Tressel hervor. Der Grünen-Politiker fordert ein Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen, um wieder mehr überflutbare und ökologisch hochwertige Auenfläche zu bekommen.

„Wie mir das Bundesumweltministerium mitteilt, sind entlang des saarländischen Abschnitts der Saar nur noch 41 Prozent der ehemaligen Auenfläche bei Hochwasser überflutbar. Die verbliebenen Auen werden überwiegend den beiden letzten Zustandsklassen 4 (stark verändert) und 5 (sehr stark verändert) zugeordnet. Nur wenige kurze Abschnitte weisen die Zustandsklasse 3 (deutlich verändert) auf. Die Zustandsklassen 1 und 2 finden sich gar nicht mehr“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeord-

netter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Der Grünen-Politiker fordert daher ein Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen. Tressel: „Das Bundesamt für Naturschutz hat in einer Studie belegt, dass Revitalisierungen von Auen sehr erfolgreich sein können. Mit einem Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen könnte das Land einen wichtigen Beitrag für die Artenvielfalt leisten und zugleich etwas für den Hochwasserschutz unternehmen.“ Zugleich

müsse sichergestellt werden, dass es zu keiner Zerstörung von Auen im Saarland mehr kommt. „Der Bau einer B423-Umgehung durch die Bliesau wäre ein schwerer Fehler, den man unbedingt vermeiden muss.“

Auen, die regelmäßig überflutet werden, gehören zu den artenreichsten Lebensräumen überhaupt und besitzen ein großes Potenzial für durchgehende Biotopverbünde. Zudem spielen Auen für den vorsorgenden Hochwasserschutz infolge der Klimakrise eine entscheidende Rolle.

WLAN: Nur 1,3% der Bahnhöfe im Saarland ausgerüstet



Nach einer Auswertung der Allianz pro Schiene gibt es lediglich an 1,3 Prozent der saarländischen Bahnhöfe ein WLAN-Angebot während es bei den Spitzenreitern Hamburg und Schleswig-Holstein bereits 96,4 Prozent bzw. 80,3 Prozent der Bahnhöfe sind. „Der WLAN-Ausbau wurde in den vergangenen Jahren durch das Saar-Verkehrsministerium konsequent verschlafen“, kritisiert Markus

Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Der Grünen-Politiker fordert daher von der Landesregierung eine WLAN-Offensive im saarländischen öffentlichen Personennahverkehr. Tressel: „Wir brauchen eine WLAN-Offensive, in deren Rahmen Hotspots an allen Bahnhöfen und stark frequentierten Bushaltestellen eingerichtet werden. Wer mehr Fahrgäste zur Nutzung von Bahnen und Bussen begeistern will, muss die Attraktivität beim Warten deutlich erhöhen.“

Tressel verweist in diesem Rahmen auch auf fehlende WLAN-Angebote in vielen Zügen und Bussen. „Zumindest im Regionalexpress sollte WLAN heutzutage selbstverständlich sein. Allerdings sind die RE-Züge zwischen Saarbrücken und Mainz/Frankfurt immer noch nicht nachgerüstet.“ Hotspots fehlten zudem in den Zügen zwischen Saarbrücken und Pirmasens sowie auf der Niedtalbahn.

